



Detailansicht des Registereintrags

komm.passion GmbH

Aktuell seit 18.12.2025 12:35:51

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R006795
Ersteintrag:	28.06.2024
Letzte Änderung:	18.12.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater
Kontakt Daten:	Adresse: Himmelgeister Straße 103-105 40221 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +4930400059912 E-Mail-Adressen: markus.gaier@komm-passion.de johannes.weiss@komm-passion.de Webseiten: <u>komm-passion.de</u>
Hauptstadtrepräsentanz:	Pariser Straße 47 10719 Berlin Telefonnummer: +4930400059912 E-Mail-Adresse: markus.gaier@komm-passion.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Jelena Mirkovic**

Funktion: Co-CEO, Geschäftsführende Gesellschafterin

2. Frederic Bollhorst

Funktion: Co-CEO, Geschäftsführender Gesellschafter

3. Prof. Alexander Güttler

Funktion: Geschäftsführender Gesellschafter

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**1. Markus Gaier****2. Leonie Weiss****Mitgliedschaften (2):**

1. GPRA Gesellschaft der Public Relations Agenturen

2. BVDW Bundesverband der Digitalwirtschaft

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Politische Analysen; Kontaktaufnahme und Ansprache von Politikern und Politikerinnen in Bundestag und in Ministerien, Recherche und Vorbereitung von Positionspapieren, Argumentarien und Anschreiben zu Regulierungsvorhaben; allgemeine Kommunikationsmaßnahmen zur Ansprache von Politik im Bund wie Social Media, Pressemeldungen, Infodienste etc.; Recherchen und inhaltliche Vorbereitungen; redaktionelle Arbeiten, Informationsmedien zu Themen, die Gegenstand von Regulierungsvorhaben sind oder sein können

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals

Beschreibung:

Ablehnung des Festschreibens des Rentenniveaus bei 48%; Befürwortung der stärkeren Berücksichtigung der Komponente "Kapitaldeckung"; Realisierung der Kapitaldeckung über die Altersvorsorge-Säulen 2 (bAV) und 3 (privat), nicht über Säule 1 (gesetzliche Rente).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11898 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]; EntsorgFondsGZVereinnV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170103 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. Finmadig - Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarktes

Beschreibung:

Eindämmung der Regulierungsflut, um Überregulierung der Pensionskassen und kontraproduktive Effekte zu verhindern; Anwendung des Grundsatzes der Proportionalität auf die vorgeschlagenen Regulierungsmaßnahmen; Anerkennung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Größen und Geschäftsmodelle in dem Sektor bAV; Anpassen des Regulierungstempos, so dass Regulierungen auch mit der gebotenen Sorgfalt umgesetzt werden können; EU Vorgaben müssen pragmatisch umgesetzt werden, die Anforderungen dürfen nicht zusätzlich durch übermäßige nationale Vorgaben erhöht werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10280 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz - FinmadiG)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170110 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Zukunftsprogramm Pflanzenschutz**Beschreibung:**

Derzeit erarbeitet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein "Zukunftsprogramm Pflanzenschutz". Wir unterstützen unseren Kunden bei seinem Einsatz für den Erhalt des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln für den Zuckerrübenanbau.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200087 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU)2023/2413**Beschreibung:**

Nationale Umsetzung 1:1 von EU-Nachhaltigkeitsanforderungen und damit verbundenen Berechnungsvorgaben u.a. für die Nutzung von aus Reststoffen eigener Prozesse gewonnenem Biogas/Biomethan als Biomasse-Brennstoff für die Anerkennung der

Defossilisierung der eigenen Prozesse.

Dafür auch Aufrechterhaltung zumindest regionaler Gasnetze.

Anerkennung der Nutzung von biogenem CO₂ aus eigenen Prozessen als Rohstoff für die Defossilisierung.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200088](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. **Pflanzenschutz generell**

Beschreibung:

Der Klimawandel konfrontiert Ackerfrüchte wie die Zuckerrüben mit größeren und neuen Schädlingspopulationen. Neue Technologien können in Zukunft den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren. Aber Landwirtschaft braucht auch künftig Pflanzenschutzmittel. Statt pauschaler Verbote müssen neue Technologien gefördert werden.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200092](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Ernährungspolitik, Maßnahmen zur Regulierung von Zucker

Beschreibung:

Die Interessenvertretung wendet sich gegen die Diskriminierung von Zucker durch staatliche Regulierungsmaßnahmen. Sie informiert zudem über die Kalorienbilanz als wissenschaftlich bestätigte Ursache von Übergewicht und über die Notwendigkeit, für die Bedeutung des Zusammenhangs von von Gesamternährung und Bewegung zu sensibilisieren.

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#)

7. 2. Betriebsrentenstärkungsgesetz

Beschreibung:

Als VFPK verfolgen wir die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Wir begrüßen einen Großteil der im Rahmen des BRSG2 angestoßenen Änderungen. Den Vorschlag einer pflichtmäßigen Verwendung des Abfindungsbetrages als Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sehen wir jedoch kritisch. Darüber hinaus soll die Aufnahme einer Regelung in die Satzung ergänzt werden, nach der die oberste Vertretung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde einen Beschluss zur teilweisen Auflösung der Verlustrücklage fassen kann. Ferner regen wir eine Anpassung in der Definition der Infrastrukturquote an.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 488/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (2. Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

[BetrAVG \[alle RV hierzu\]](#); [EStG \[alle RV hierzu\]](#); [AnlV 2016 \[alle RV hierzu\]](#); [PFAV \[alle RV hierzu\]](#); [VVG 2008 \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 4 \[alle RV hierzu\]](#); [SvEV \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 14 \[alle RV hierzu\]](#); [SGB9uaÄndG \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 10 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Zukunftsfinanzierungsgesetz - Gesetz zur Finanzierung zukunftssichernder Investitionen

Beschreibung:

Eintreten für Regelungen, die einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, von denen ganz konkret die künftigen Leistungsbezieher unserer Kassen profitieren können. Daher fordern wir, die Kapitalanlage im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung praktikabler und offener für renditeträchtige Anlageklassen zu gestalten, um höhere Alterseinkommen für unsere Versicherten zu erzielen. Darüber hinaus soll der Wegfall des Steuerfreiheitsprivileg vermieden werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14513 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG II)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG II) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SpruchG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]; WPapUmstG [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; WpDPV 2018 [alle RV hierzu]; WpÜG [alle RV hierzu]; WpPG [alle RV hierzu]; BörsG 2007 [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]; AktGEG [alle RV hierzu]; AktG [alle RV hierzu]; eWpG [alle RV hierzu]; InvStG 2018 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; SAG [alle RV hierzu]; GewO [alle RV hierzu]; WiPrO [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]; FinDAG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

9. Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten Altersvorsorge (pAV-Reformgesetz)

Beschreibung:

Der Verband der Firmenpensionskassen e.V. (VFPK) setzt sich dafür ein, dass die Reform der privaten Altersvorsorge (pAV) die bewährten Strukturen der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) nicht beeinträchtigt. Neue Fördermöglichkeiten sollen auf bestehende und zukünftige zulagengefördernde bAV-Verträge ausgeweitet werden, ohne zusätzliche regulatorische Belastungen oder Komplexitäten zu schaffen. Zudem müssen die Schnittstellen zwischen bAV und pAV klar geregelt werden, um Konflikte zu vermeiden. Arbeits- und steuerrechtliche Rahmenbedingungen für neue Produktvarianten wie Beitragsgarantien und Übertragungsmöglichkeiten sollen präzise und praktikabel definiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512180059 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

10. **Positionierung zur Stärkung der bAV: Einführung eines Obligatoriums mit Opting-Out, Entlastung bei Steuern, Sozialabgaben und Bürokratie**

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) durch eine gesetzgeberische Weiterentwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen für regulierte Pensionskassen in Deutschland. Ziel ist insbesondere die Förderung eines bAV-Obligatoriums mit Opting-Out, die Ermöglichung renditestärkerer Kapitalanlagen durch Anpassung der Anlageverordnung, die Entlastung der Versorgungsberechtigten durch Abschaffung der Doppelverbeitragung sowie der Abbau bürokratischer Hürden durch eine verhältnismäßige und abgestimmte Regulierung.

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504010058 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten Altersvorsorge (pAV-Reformgesetz)**

Beschreibung:

Im Auftrag des Verband der Firmenpensionskassen e.V. (VFPK) haben wir einen Kommentar zum Referentenentwurf mit-erstellt und eingereicht. Dieser setzt sich dafür ein, dass die Reform der privaten Altersvorsorge (pAV) die bewährten Strukturen der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) nicht beeinträchtigt. Neue Fördermöglichkeiten sollen auf bestehende und zukünftige zulagengeförderte bAV-Verträge ausgeweitet werden, ohne zusätzliche regulatorische Belastungen oder Komplexitäten zu schaffen. Zudem müssen die Schnittstellen zwischen bAV und pAV klar geregelt werden, um Konflikte zu vermeiden.

Arbeits- und steuerrechtliche Rahmenbedingungen für neue Produktvarianten wie Beitragsgarantien und Übertragungsmöglichkeiten sollen präzise und praktikabel definiert werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (Altersvorsorgereformgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 01.12.2025

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]; AnlV 2016 [alle RV hierzu]; PFAV [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 10 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

12. **2. Betriebsrentenstärkungsgesetz**

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben zielt darauf ab, den Gesetzentwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz II dahingehend zu erweitern, dass alle Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) eine rechtliche Grundlage erhalten, um am automatisierten Datenaustausch mit der Deutschen Rentenversicherung nach § 148 Abs. 3 SGB VI teilnehmen zu können. Zudem soll die Datenverarbeitungsbefugnis nach § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB X auf alle EbAV ausgedehnt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]; AnlV 2016 [alle RV hierzu]; PFAV [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 10 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512180062 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (2)

1. Auftrag

Strategische Beratung für die politische Kommunikation des Verband der Firmenpensionskassen, inkl. Interessenvertretung gegenüber der Bundespolitik sowohl bei konkreten Vorhaben als auch generell in der Sensibilisierung für die Anliegen der regulierten Pensionskassen (VVaG), hier insbesondere Deutscher Bundestag, Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Bundesfinanzministerium

Interessenbereiche: Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Rente/Alterssicherung

Konkrete Regelungsvorhaben: Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals, Finmadig - Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarktes

Auftraggeber/-innen (1):

1. Verband der Firmenpensionskassen e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. Leonie Weiss
2. Markus Gaier

2. Auftrag

Die Beratung und Durchführung der Kommunikationsarbeit; dazu gehört auch die strategische und operative Unterstützung der politischen Verbandsarbeit: Analyse der politischen Positionen, Erarbeitung von Kommunikationsmitteln zur Information der Politik zum geschäftlichen Umfeld der Zuckerwirtschaft; Beratung und Unterstützung bei der Erstellung von Positionspapieren zu relevanten politischen Themen.

Interessenbereiche: Erneuerbare Energien, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
200.001 bis 250.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

1. Markus Gaier

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

KP-Pruefungsbericht-2024.pdf